

Das vom einflussreichen Council on Foreign Relations herausgegebene Magazin Foreign Affairs hat ein "Plädoyer für Trumps Außenpolitik" veröffentlicht.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 094/17 – 09.06.17

Ein Plädoyer für Trumps Außenpolitik

Die richtigen Leute und die richtigen Positionen

Von Matthew Kroenig

Foreign Affairs, Mai/Juni 2017

(<https://www.foreignaffairs.com/articles/world/2017-04-17/case-trump-s-foreign-policy>)

Die Berichterstattung der Medien über die Außenpolitik des US-Präsidenten Donald Trump war überwiegend negativ. Die Analysten haben erste Missgriffe bei der schleppenden Besetzung wichtiger sicherheitspolitischer Posten [weitere Infos dazu s. unter <http://edition.cnn.com/2017/02/25/politics/donald-trump-cabinet-vacancies/>] und widersprüchliche Erklärungen und Handlungen Trumps als Beweise dafür angesehen, dass seine Außenpolitik zum Scheitern verurteilt sei [s. <http://edition.cnn.com/2016/12/13/politics/trump-us-foreign-policy-on-the-fly/>].

Die Kritiker haben vieles falsch verstanden und Trump nicht den Kredit eingeräumt, den er gebraucht hätte. Jetzt hat Trump die Rhetorik seines Wahlkampfes hinter sich gelassen und begonnen, eine Außenpolitik zu betreiben, die den vor den USA liegenden Herausforderungen entspricht. Von Barack Obama hat Trump eine völlig zerrüttete internationale Ordnung geerbt [s. <https://www.foreignaffairs.com/topics/obama-administration>]; das sehr fähige sicherheitspolitische Team, das er um sich versammelt hat, wird ihm helfen, diese gestörte Ordnung wieder herzustellen. Viele der umstrittenen außenpolitischen Erklärungen, die Trump als Präsident abgegeben hat, standen mit der bisherigen US-Außenpolitik im Einklang. Wenn sie davon abwichen, waren sie auf einen notwendigen Wechsel gerichtet.

Es ist zu früh für ein endgültiges Urteil über die neue Trump-Regierung. Aber die jetzt eingeschlagene Richtung und die Fähigkeit Trumps zu mutigen Entscheidungen, deuten darauf hin, dass der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger [s. <https://www.foreignaffairs.com/authors/henry-kissinger>] Recht gehabt haben könnte, als er im Dezember 2016 gegenüber CBS-News äußerte, die Präsidentschaft Trumps könne sich als "eine außergewöhnliche Chance" für die Außenpolitik der USA erweisen [s. dazu auch <http://www.politico.com/story/2016/12/henry-kissinger-donald-trump-232785>].

Das Erbe, das Trump übernommen hat

Wenn wir den Erfolg der Außenpolitik eines Präsidenten beurteilen wollen, müssen wir uns mit der Hinterlassenschaft seines Vorgänger befassen. Da liegt die Latte für Trump sehr niedrig. Die Lage in Europa, Asien und im Mittleren Osten ist heute viel gefährlicher, als sie bei Obamas Amtsantritt im Jahr 2009 war [weitere Infos dazu s. unter <https://www.foreignaffairs.com/articles/what-obama-gets-wrong>].

Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat Russland die Karte Europas wieder mit vorgehaltener Waffe verändert [s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/ukraine/2016-04-18/why-putin-took-crimea>]. Weil der Westen nur äußerst schwach reagiert

hat, fährt der russische Präsident Wladimir Putin fort, den USA und ihren NATO-Verbündeten zu drohen und damit die Allianz zu schwächen, um sie auseinanderzubrechen [s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/russian-federation/2016-10-20/russias-october-surprise>].

Das Bild, das Asien bietet, ist kaum besser. China hat sich von US-Verbündeten beanspruchtes Territorium angeeignet [s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2016-02-08/confronting-china-south-china-sea>] und rüstet militärisch so massiv auf, dass die chinesische Führung darauf hoffen kann, die US-Sicherheitsgarantien für den asiatisch-pazifischen Raum in Frage stellen zu können. Die "strategische Geduld" der Obama-Regierung mit Nordkorea war nur eine Ausrede für ihre Untätigkeit angesichts der wachsenden Bedrohung [s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/north-korea/2017-04-17/getting-tough-north-korea>]. Nach Schätzungen von Experten hat Pjöngjang jetzt bis zu 21 Atomsprengköpfe und ist dabei, Raketen zu entwickeln, die schon bald die USA erreichen könnten.

Die schlimmsten Misserfolge hat sich die Obama-Regierung aber im Mittleren Osten eingehandelt. Die USA haben die fortschreitende Auflösung der staatlichen Strukturen in der gesamten Region und den Aufstieg des Islamischen Staates, der auch ISIS genannt wird, einfach verschlafen. Der Irak, Syrien, der Jemen und Libyen (in Nordafrika) sind zu gescheiterten Staaten geworden oder befinden sich auf dem Weg dahin und haben sich zu Brutkästen für Terroristen entwickelt. Der ISIS bildet weltweit Metastasen und verübt in immer mehr Staaten Anschläge – auch in den USA. Weil Obama die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm nicht abbrechen wollte, hat er nichts gegen die Entwicklung stärkerer iranischer Raketen und die Unterstützung Teherans für Terroristen unternommen. Deshalb konnte der Iran ballistische Langstreckenraketen testen und seinen Einfluss im gesamten Mittleren Osten so ausweiten, dass er heute die Sicherheit der USA und ihrer Partner bedroht. Das iranische Atomprogramm konnte zwar verzögert werden, wird aber für künftige US-Präsidenten wieder zum Problem, denn die ausgehandelten Beschränkungen werden schon in weniger als 10 Jahren wieder auslaufen.

In den letzten acht Jahren sind in jeder für die USA wichtigen Weltregion unsere Feinde stärker, unsere Verbündeten nervöser und die Unordnung größer geworden. Obama hat nur zwei Problemregionen (Afghanistan und den Irak) geerbt, seinem Nachfolger aber die ganze Welt in Unordnung hinterlassen. Tatsächlich ist die gegenwärtige internationale Situation die schlimmste, die ein neugewählter US-Präsident seit dem Höhepunkt des Kalten Kriegs vorgefunden hat. Die gute Nachricht ist, dass Trump diese schlimme Ausgangssituation eigentlich nur verbessern kann.

Trumps A-Team

Ein Präsident kann nicht alle außenpolitischen Krisen vorhersehen, denen er gegenüberstehen wird, er kann aber die richtigen Leute auswählen, mit denen sich jede denkbare Krise bewältigen lässt. Schon während des Wahlkampfs hat Trump versprochen, nur "die Besten und Klügsten" zu berufen, die unser Land zu bieten hat. Verteidigungsminister James Mattis und sein Nationaler Sicherheitsberater H. R. McMaster gehören sicher zu den einflussreichsten Offizieren ihrer Generation. Beide sind nicht nur außergewöhnliche Führungspersönlichkeiten, sondern auch zu vorausschauendem strategischem Denken fähig. Außenminister Rex Tillerson war länger als ein Jahrzehnt Generaldirektor von ExxonMobil, hat also ein Unternehmen geleitet, das Geschäfte in über 40 Ländern macht und dessen Umsatz größer als das Bruttoinlandsprodukt vieler kleinerer Staaten ist. Zu Trumps Sicherheitskabinett gehören außerdem Vizepräsident Mike Pence, die UN-Botschafterin Nikki Haley, Dan Coates, der Direktor der nationalen Nachrichtendienste und CIA-Direktor

Mike Pompeo, die alle politisch sehr erfahren sind. Umstritten ist die (inzwischen wieder zurückgenommene) Berufung Steve Bannons, des Chefstrategen im Weißen Haus, in das Principals Committee des Nationalen Sicherheitsrates (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/usa-donald-trumps-berater-stephen-bannon-verliert-sitz-im-nationalen-sicherheitsrat-a-1142048.html>). Obama hat auch schon politische Berater zu Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates eingeladen und damit Diskussionen unter dessen (geborenen) Mitgliedern ausgelöst.

Kritiker, die Trump vorwerfen, er besetzte nachgeordnete Kabinettsposten zu langsam, sind schlecht informiert. George W. Bushs Stellvertretender Verteidigungsminister hat sein Amt zum Beispiel erst sechs Monate nach Bushs Amtseinführung angetreten. Außerdem sind der als Direktor für politische Planung im Außenministerium vorgeschlagene Brian Hook und der als US-Botschafter in Russland vorgesehene Jon Huntsman, ein ehemaliger Gouverneur Utahs, erfahrene und sehr angesehene Staatsdiener.

Trumps Außenpolitik ist besser, als sie aussieht

Wie jede neue Regierung hat auch das Trump-Team Fehler gemacht. Trumps erstes Dekret zum Einreisestopp (für bestimmte muslimische Länder) war fehlerhaft und konnte deshalb nicht durchgesetzt werden – trotz der großen öffentlichen Unterstützung für eine stärkere Sicherung der US-Grenzen und eine Beschränkung der Einwanderung. Es wird aber versucht, die aufgetretenen Probleme doch noch zu lösen. Aus einigem Abstand betrachtet, muss gesagt werden, dass Trump die Gesamtsituation richtig eingeschätzt hat. Die Welt verändert sich schnell, und die USA müssen das einkalkulieren, wenn sie erfolgreich sein wollen. Wegen seiner Bereitschaft zu radikalen Veränderungen ist Trump sehr gut zur Durchsetzung einer kreativen Erneuerung der US-Außenpolitik geeignet.

Einige haben Trump vorgeworfen, mit seiner Forderung "Amerika zuerst" gebe er den globalen Führungsanspruch der USA auf. Das stimmt aber nicht. Nur wenn die USA selbst stark genug sind, können sie sich im Ausland durchsetzen. Die Ankündigungen Trumps, er werde die Steuern senken, vieles wieder deregulieren und stärker in die Erneuerung der US-Infrastruktur investieren, haben bereits positive binnenwirtschaftliche Entwicklungen in Gang gesetzt. Seit der Wahl im letzten Jahr bis Anfang März ist der Wert der US-Aktien um fast 3 Billionen Dollar gestiegen. Unter Trump könnte es der US-Wirtschaft gelingen, den gegenwärtigen Zyklus geringer Produktivität, geringer Inflation und geringen Wachstums zu durchbrechen.

Um ihre starke internationale Position zu halten, brauchen die USA starke Streitkräfte. Trump hat "eine der größten Erhöhungen des Militärhaushaltes in der Geschichte der USA" versprochen. Sein erster Haushaltsentwurf sieht eine Erhöhung um 54 Milliarden Dollar vor, und mit Unterstützung der republikanischen Mehrheit im Kongress wird wahrscheinlich noch mehr zusätzliches Geld für das US-Militär fließen. Das Verteidigungsministerium wird endlich die Mittel bekommen, die Obama ihm verweigert hat.

Trump hat erkannt, dass die US-Streitkräfte modernisiert werden müssen, um im neuen Atomzeitalter bestehen zu können; in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters hat er bereits im Februar versprochen, die USA wieder "an die Spitze der Atomkräfte" zu führen. Kritiker haben diese Absicht "unverantwortlich" genannt, die USA müssen aber über starke Atomstreitkräfte verfügen, damit sie ihre Verbündeten in Europa und Asien schützen können. Außerdem haben auch schon frühere US-Präsidenten ähnliche Forderungen erhoben. John F. Kennedy hat zum Beispiel 1963 gesagt, "die Atomstreitkräfte der USA müssen denen aller anderen Staaten überlegen sein".

Seit Trumps Amtsübernahme hat seine Regierung den US-Verbündeten (in Asien) signalisiert, dass sie auch weiterhin mit starker US-Unterstützung rechnen können. Trumps Verteidigungsminister Mattis hat bei seiner ersten Auslandsreise Seoul und Tokio besucht, und Trump selbst hat sein Engagement für Asien mit einer Wochenend-Einladung des japanischen Premierministers Shinzo Abe auf sein Anwesen in Mar-a-Lago in Florida demonstriert. Als gewählter Präsident hat Trump die NATO noch als "obsolet" bezeichnet, aber seit seinem Amtsantritt hat er der Allianz schon wiederholt seine Unterstützung zu sichern lassen, zum Beispiel im Februar von Vizepräsident Pence und Verteidigungsminister Mattis auf der Münchener Sicherheitskonferenz. Einige haben Trump dafür kritisiert, dass er die NATO-Mitglieder zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben aufgefordert hat. Das haben aber auch schon andere US-Regierungen getan – von Dwight D. Eisenhower bis Obama. Der einzige Unterschied ist, dass Trumps Aufforderung Wirkung zeigt. Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat auf der Münchener Sicherheitskonferenz gesagt: "Aus deutscher Sicht wird unser gewohnter Reflex – nämlich wenn es wirklich eng wird, vor allem auf die Tatkraft unserer amerikanischen Freunde zu bauen und selbst eher bescheidene Beiträge zu bringen, nicht mehr genügen ... Ja, wir wissen, dass wir einen größeren, einen faireren Teil der Lasten für die gemeinsame Atlantische Sicherheit tragen müssen." (zitiert nach <https://www.securityconference.de/aktivitaeten/munich-security-conference/msc-2017/reden/>) Andere kritisieren Trump, weil er der *New York Times* schon im März 2016 gesagt hat, die NATO müsse sich auch an der "Bekämpfung des Terrors" beteiligen. Inzwischen haben aber auch schon NATO-Vertreter in Brüssel geäußert, die NATO müsse sich endlich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen. (Informationen zur aktuellen Beschlusslage sind aufzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nato-bereitet-sich-auf-staerkere-beteiligung-am-anti-terror-kampf-vor-14868926.html> und http://www.deutschlandfunk.de/gipfel-in-bruessel-nato-will-is-bekaempfen-und-russland.2852.de.html?dram:article_id=387059 .)

Es ist wahr, dass Trump ein ungewöhnlich starkes Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit Russland gezeigt hat, und das war auch vernünftig [s. <https://www.foreignaffairs.com/articles/russian-federation/2017-03-10/russia-trump-and-new-d-tente>]. Schon Bush und Obama wollten die Beziehungen zu Russland verbessern, was auch im Interesse der USA notwendig gewesen wäre. Die Hauptschuld an der jüngsten Verschlechterung der Beziehungen zu Russland trägt zweifellos Putin. Aber Trump hat bereits gezeigt, dass er kein Schwächling ist – mit der Zusage, die NATO zu unterstützen, und mit der Modernisierung des US-Atomwaffenarsenals. Außerdem hat er in den Nationalen Sicherheitsrat hauptsächlich Putin-Kritiker berufen, darunter auch Fiona Hill (s. <https://www.brookings.edu/experts/fiona-hill/>) von der Brookings Institution (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Brookings_Institution) als Direktorin für Europa und Russland.

Im Mittleren Osten hat Trump eine dort sehr willkommene Umkehrung der Politik Obamas vollzogen und damit US-Verbündete wie Israel und die Golfstaaten sehr erfreut, den Iran einen langjährigen Feind der USA, aber in Unruhe versetzt. Kritiker haben sich über Trumps Versprechen, "den Atomdeal mit dem Iran neu auszuhandeln", lustig gemacht: Vor dessen Auslaufen muss aber auf jeden Fall neu verhandelt werden, um zu verhindern, dass sich der Iran spätestens dann Atomwaffen verschafft. Um den Iran an den Verhandlungstisch zurückzuholen, will Trump auf der strikten Einhaltung des Atomabkommens bestehen und Verhandlungen über die iranischen Raketen durchsetzen. Damit sollen auch der schädliche Einfluss des Irans auf die gesamte Region zurückgedrängt und seine Waffenlieferungen an die Huthi-Rebellen im Jemen unterbunden werden. Weil der Iran ballistische Raketen getestet hat, immer noch Terrorgruppen unterstützt und die Menschenrechte verletzt, soll er mit neuen Sanktionen belegt werden. Trump hat auch bereits begonnen, die versprochene aggressivere Kampagne gegen den ISIS umzusetzen und nach Jahren des Zauderns endlich Nägel mit Köpfen zu machen.

In Asien hat die Trump-Regierung eine Überprüfung der US-Haltung zu Nordkorea angeordnet; künftig sollen "alle Optionen" einbezogen werden. Trump hat jetzt auch die langjährige, erfolgreiche "Ein-China-Politik" vorheriger US-Regierungen übernommen, nach der offizielle Beziehungen nur zu Peking, zu Taiwan aber lediglich inoffizielle Beziehungen bestehen. Seine Regierung will offensichtlich die zur Abschreckung Chinas geschlossenen Bündnisse stärken und die wirtschaftliche Expansion Chinas eindämmen.

Trump hat außerdem eingesehen, dass auch die USA vom freien Handel profitieren. Im Februar hat er zum Beispiel vor dem Kongress erklärt: "Ich halte viel vom Freihandel, aber er muss auch fair sein." Tatsächlich kann Washington nicht zulassen, dass nur China und andere Handelspartner vom Freihandel profitieren. In langjährigen Handelsverträgen wie dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches_Freihandelsabkommen) fehlen Vereinbarungen über den Internet-Handel, die heute unverzichtbar sind. Deshalb müssen diese Abkommen aktualisiert werden, um den Schutz für Millionen von US-Arbeitern zu verbessern. US-Handwerker, Finanzdienstleister und Reeder haben sich darüber beklagt, dass ihre Interessen in der unter Obama ausgehandelten Trans Pacific Partnership (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Transpazifische_Partnerschaft) zu wenig Berücksichtigung fanden. Obama habe heimische wirtschaftliche Interessen vernachlässigt, um sich mehr politischen Einfluss in Asien zu erkaufen. Trumps Versprechen, alte Handelsabkommen neu zu verhandeln und neue zu vereinbaren, könnte den Weg zu einem globalen Handel ebnen, der gleichzeitig die wirtschaftlichen und die politischen Interessen der USA fördert.

An fast allen Fronten hat Trump begonnen, die Fehlschläge der letzten acht Jahre zu korrigieren und die USA auf die kommenden Herausforderungen einzustellen. Wenn er an seinem gegenwärtigen Team und der Politik, für die es einsteht, festhält und seine sich abzeichnende Strategie konsequent umsetzt, könnte Trump tatsächlich Kissingers Vorhersage wahr machen und als "bedeutender US-Präsident in die Geschichte eingehen".

MATTHEW KROENIG ist außerordentlicher Professor am Lehrstuhl für die Ausbildung von Angestellten der Regierung und des Diplomatischen Dienstes an der Georgetown University und führender Mitarbeiter für internationale Sicherheit am Brent Scowcroft Center (s. <http://www.atlanticcouncil.org/programs/brent-scowcroft-center>) des Atlantic Council (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Atlantic_Council).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Dieses sehr wohlwollende "Plädoyer für Trumps Außenpolitik" von einem führenden Mitarbeiter des außenpolitisch einflussreichsten US-Thinktanks dürfte alle überraschen, die mit Trumps baldiger "Entsorgung" rechnen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Case for Trump's Foreign Policy

The Right People, the Right Positions

By Matthew Kroenig, April 17, 2017

Media coverage of U.S. President Donald Trump's foreign policy has been overwhelmingly

negative. Analysts have seized on early policy missteps, a supposed slowness in staffing the national security bureaucracy, and controversial statements and actions as evidence that Trump's foreign policy is already failing.

But the critics have gotten a lot wrong and failed to give credit where credit is due. The Trump administration has left behind the rhetoric of the campaign trail and has begun to adopt foreign policies that are, for the most part, well suited to the challenges ahead. Trump inherited a crumbling international order from President Barack Obama, but he has assembled a highly capable national security team to help him update and revitalize it. Many of the controversial foreign policy statements that Trump has made as president have, in fact, been consistent with established U.S. policy. Where he has broken with tradition, it has often been to embrace much-needed change.

It is too early to pass definitive judgment on the Trump administration. But its rapid improvement, combined with Trump's own willingness to take bold action, suggests that former Secretary of State Henry Kissinger may have been right when he told CBS News last December that Trump's presidency could present "an extraordinary opportunity" for U.S. foreign policy.

TRUMP'S INHERITANCE

To gauge the success of a president's foreign policy, it helps to examine the record of his immediate predecessor. Here, the Trump administration has a low bar to clear. In Europe, Asia, and the Middle East, Obama left behind a far more dangerous world than the one he inherited in 2009.

For the first time since World War II, Russia is redrawing the map of Europe at gunpoint. Meeting only a weak response from the West, Russian President Vladimir Putin continues to threaten and undermine the United States and its NATO allies in a bid to break the alliance.

In Asia, the picture is little better. China has seized contested territory from U.S. allies and is undertaking a massive military buildup that the country's leaders hope will eventually render the United States unable to keep its security commitments in the Asia-Pacific. The Obama administration's policy of "strategic patience" with North Korea was a euphemism for standing idly by as threats gathered. According to expert estimates, Pyongyang now has up to 21 warheads and is on track to have nuclear missiles that could hit the continental United States.

The worst of the Obama administration's failures took place in the Middle East. The United States oversaw the wholesale disintegration of the region and the rise of the Islamic State (also known as ISIS). Iraq, Libya, Syria, and Yemen have failed or are failing as states, turning them into incubators of terrorism. ISIS is metastasizing and inspiring attacks around the world, including in the United States. Unwilling to upset nuclear negotiations with Iran, Obama failed to counter Tehran's advancing missile program and its support for terrorist groups. Today, Iran is testing long-range ballistic missiles and projecting its influence throughout the Middle East, worsening the security of the United States and its partners. Moreover, although the nuclear deal delayed the Iranian nuclear program, it created a serious problem for future U.S. presidents, who will have to figure out what to do when the limits on Iran's nuclear program begin to expire in less than a decade.

In every region of the world important to the United States, the last eight years have left emboldened enemies, nervous allies, and increasing disorder. Obama may have inherited

two difficult counterinsurgency campaigns, but he bequeathed to his successor an entire world in disarray. Indeed, the current international environment may be the worst that any incoming president has faced since the height of the Cold War. The good news is that this low starting point may allow Trump to dramatically improve the United States' position.

THE A-TEAM

A president cannot foresee all the foreign policy crises he will face, but he can choose the people he will have at his side when those crises erupt. As Trump promised during the campaign, he has assembled a team of "the best and brightest" the country has to offer. Secretary of Defense James Mattis and National Security Adviser H. R. McMaster rank among the most influential military officers of their generation. Both are not only extraordinary leaders but also intellectuals capable of farsighted strategic thinking. Secretary of State Rex Tillerson served as the CEO of ExxonMobil for over a decade, running a corporation with revenue larger than the GDPs of many small nations and overseeing operations in more than 40 countries. Rounding out the national security cabinet, Vice President Mike Pence, UN Ambassador Nikki Haley, Director of National Intelligence Dan Coates, and CIA Director Mike Pompeo are all experienced and accomplished politicians. Some have raised concerns about the placement of Steve Bannon, the White House chief strategist, on the National Security Council's Principals Committee. But Obama also regularly invited political advisers to NSC meetings, and as in the past, the discussions will likely center not on politics but on the views of national security officials.

Critics have also slammed Trump for filling subcabinet positions too slowly, but this charge is ill informed; George W. Bush's undersecretary of defense for policy, for example, did not take office until six months after Bush's inauguration. Moreover, those who have been named, such as Brian Hook, appointed as the State Department's director of policy planning, and Jon Huntsman, a former governor of Utah and Trump's nominee for ambassador to Russia, are experienced and highly respected public servants.

BETTER THAN IT LOOKS

Like any new administration, the Trump team has made mistakes. It designed and rolled out the initial travel ban poorly, an unforced error given the popular support for stronger border security and immigration reform. More broadly, the team has struggled to stay on message. But taking a step back reveals that Trump has gotten much of the big picture right. The world is changing rapidly, and the United States must adapt if it is to succeed. Trump's comfort with disruptive change may make him particularly well placed to oversee a creative reinvigoration of U.S. foreign policy.

Some have charged that Trump's "America first" approach signals the end of international U.S. leadership. It doesn't. If the United States is not strong at home, it cannot be strong abroad. Trump's calls for tax cuts, deregulation, and major infrastructure investments have already boosted domestic economic confidence. From last year's election to the beginning of March, U.S. stocks added nearly \$3 trillion to their value. Under Trump, the United States may finally break out of its recent cycle of low productivity, low inflation, and low growth.

To maintain its international position, the United States will need a strong military. Trump has promised "one of the greatest military buildups in history." His first budget proposal includes a \$54 billion down payment on this promise, and, working with Republican majorities in Congress, the administration will likely improve on this opening bid. The Department of Defense will finally get the funds Obama denied it.

Trump recognized that the U.S. military must modernize to face a new nuclear age when he promised in an interview with Reuters in February that the United States would be at the “top of the pack” in nuclear capabilities. Critics have called this goal reckless, but the United States must have a robust nuclear force to protect its allies in Europe and Asia. Moreover, past U.S. presidents have expressed similar ambitions. John F. Kennedy, for example, avowed in 1963 that it was “essential that the United States in this area of national strength and national vigor should be second to none.”

Since Trump’s inauguration, his administration has also shown strong support for U.S. allies. Mattis made Seoul and Tokyo the first overseas stops by a Trump cabinet official, and Trump further solidified his commitment to Asia by hosting Japanese Prime Minister Shinzo Abe for an intimate weekend gathering at his Mar-a-Lago estate, in Florida. As president-elect, Trump called NATO “obsolete,” but since taking office, he has repeatedly voiced his support for the alliance, a message that Pence and Mattis relayed in person at the Munich Security Conference in February. Some have criticized Trump for suggesting that NATO members should increase their defense spending, but U.S. administrations from Dwight Eisenhower’s to Obama’s have made this same request. The only difference is that Trump’s approach is working. As Germany’s defense minister, Ursula von der Leyen, said at the Munich Security Conference, “Our traditional reflex of relying above all on our American friends’ vigor and ducking away when things really get tight . . . will no longer be enough. . . . We must also carry our share of the burden.” Others disparage Trump for saying that NATO should be updated “to include terror,” as he told *The New York Times* in March of last year. But alliance officials in Brussels are the first to agree that NATO must continue to adapt to meet twenty-first-century threats.

It is true that Trump has shown an unusually intense interest in greater cooperation with Russia, but the general inclination is not unreasonable. Both Bush and Obama sought closer relations with Putin, and there is no doubt that more cooperation could further U.S. interests. Yet the blame for the recent downturn in relations falls squarely on Putin’s shoulders. And Trump has demonstrated that he will be no pushover, promising to support NATO and strengthen the United States’ nuclear deterrent. He has also appointed Putin critics to every major national security post, including the Brookings scholar Fiona Hill as the senior director for Europe and Russia at the NSC.

In the Middle East, in a welcome reversal from the Obama years, U.S. partners such as Israel and the Gulf states are hopeful, while the United States’ long-standing enemy Iran is wary. Critics scoff at Trump’s promise to “renegotiate” the Iran nuclear deal, but the deal will have to be renegotiated at some point to address its sunset clauses, because after they expire, Iran will have a rapid path to a nuclear weapon. To pressure Iran into returning to the table, Trump has signaled that he will enforce the strict terms of the nuclear accord while turning up the heat on Iran in all the ways not covered by the deal. These should include countering Iran’s malign influence in the region by, for example, intercepting more of Iran’s arms shipments to the Houthi rebels in Yemen and imposing new sanctions in response to its ballistic missile tests, support for terrorist groups, and human rights violations. Finally, Trump has already begun to follow through on his promise to wage a more aggressive campaign against ISIS, following years of bipartisan calls to increase the tempo of operations against the group.

In Asia, the Trump administration has launched a review of U.S. policy toward North Korea that will leave no options off the table. Trump has also accepted the long-standing and successful “one China” policy, under which Washington officially recognizes only the government in Beijing but has an unofficial relationship with Taiwan. The administration also seems committed to strengthening the alliances necessary to counter Chinese aggression and has vowed to stand up to China’s mercantilist policies.

The United States benefits from free trade, as Trump has repeatedly acknowledged. In February, for example, he told Congress, “I believe strongly in free trade, but it also has to be fair trade.” Indeed, Washington cannot stand by as China and other trading partners game the system. What’s more, long-standing trade pacts, such as the North American Free Trade Agreement, lack provisions, such as standards for Internet commerce, contained in modern accords. Updating them would improve protections for millions of American workers. U.S. business leaders from sectors as diverse as traditional manufacturing and high-end services, such as finance and shipping, complained that in negotiating the Trans-Pacific Partnership, Obama sold out U.S. business interests to increase U.S. political influence in the Asia-Pacific. Although the administration’s withdrawal from the agreement has created an opening for China, Trump’s promise to renegotiate old trade deals and strike new ones could pave the way to a global trade regime that advances U.S. political and economic interests simultaneously.

On almost every front, Trump has begun to correct the failures of the past eight years and position the United States well for the challenges to come. With the current team and policies in place, and with greater adherence to a core strategy going forward, Trump may well, as Kissinger predicted was possible, go “down in history as a very considerable president.”

MATTHEW KROENIG is Associate Professor of Government and Foreign Service at Georgetown University and a Senior Fellow at the Brent Scowcroft Center on International Security at the Atlantic Council.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern